

Sammelbecken für Islamisten

Syrische Armee bereitet Offensive zur Rückeroberung der Provinz Idlib vor. Dschihadisten wollen nicht aufgeben. **Von Karin Leukefeld, Damaskus**

Tausende Soldaten, Eliteeinheiten, schweres militärisches Gerät – die syrische Armee zeigt im Süden und Westen der Provinz Idlib Präsenz. Das Szenario ähnelt dem, was der Befreiung von Ostaleppo, der östlichen Vororte der Ghuta und der südwestlichen Provinzen Deraa und Kuneitra vorausging. Hubschrauber kreisen und werfen Flugblätter ab, die die Kämpfer zum Einlenken aufrufen: »Der Krieg geht dem Ende zu«, ist zu lesen, es sei »Zeit, das Blutvergießen zu beenden«. Die Bewohner von Idlib sollten der Versöhnung zustimmen, »wie unser Volk es in anderen Teilen Syriens gemacht hat«.

Idlib ist eine Art »Abladeplatz« für all die bewaffneten Kampfgruppen geworden, die gegen einen Waffenstillstand und gegen Vereinbarungen mit der Regierung sind – die Damaskus erobern und aus Syrien einen religiösen Staat machen wollen. Ihr Motto ist »Gott kann sie besiegen«. Sie stehen Al-Qaida oder dem »Islamischen Staat« (IS) nahe und gelten als »Terrorgruppen«. Im Rahmen des »Antiterrorkampfes« können sie von Syrien und seinen Verbündeten jenseits von Vereinbarungen über Waffenstillstände oder »Deeskalationsgebiete« weiterhin bekämpft werden.

Die andere Kategorie von kämpfenden Gruppen in Idlib wird vom Westen, der Türkei und den Golfstaaten als »moderate Rebellen« bezeichnet und unterstützt. Zu diesem Spektrum gehören verschiedene Milizen und Reste der »Freien Syrischen Armee«. Das Motto ihres Kampfes ist »Die Tyrannei stoppen«. Inhaltlich und in ihrem Verhalten unterscheiden sie sich von der ersten Kategorie von Kämpfern kaum.

Die Türkei hat die »moderaten Rebellen« im Mai 2018 zur Bildung einer »Nationalen Befreiungsfront« gedrängt, um sie besser kontrollieren und von den extremistischen Kampfverbänden abtrennen zu können. Bisher ist es Ankara indes nicht gelungen, eine wirkliche Kontrolle über das Bündnis zu erreichen. Dessen Führung rief vor wenigen Tagen zum anhaltenden Krieg gegen Damaskus auf und will die Provinz Idlib auf jeden Fall verteidigen.



Aufgerüstete Söldner: Kämpfer der »Freien Syrischen Armee« in der Provinz Idlib (27.10.2016)

Die »terroristischen« Kampfgruppen werden von der Nachfolgeorganisation der Nusra-Front dominiert, die sich nun Haiat Tahrir Al-Scham (HTS, Allianz zur Eroberung der Levante) nennt. Nach eigenen Angaben verfügt die HTS über 37.800 Kämpfer und kontrolliert Idlib. In einem blutigen Machtkampf mit ehemaligen Verbündeten hatte die Organisation sich 2017 durchgesetzt. Neue Dschihadistengruppen waren damals entstanden (Dschaisch Al-Badia mit 2.800 und Al-Malahim mit rund 1.700 Kämpfern). Die »Islamische Turkistan-Partei« besteht aus Uiguren und soll nach eigenen Angaben über 7.700 Kämpfer verfügen. Rund 8.500 Kämpfer in verschiedenen Einheiten sprechen russisch und stammen aus zentralasiatischen Staaten und Tschetschenien. Restverbände des IS halten sich im südöstlichen Grenzgebiet zwischen den Provinzen Idlib und Hama auf. Ihre Zahl ist unklar, sie werden von den anderen Milizen abgelehnt.

Egal ob »terroristisch« oder »moderat« – zwischen allen Gruppen be-

steht eine ausgeprägte Konkurrenz. Blutige Machtkämpfe untereinander haben seit 2017 mehr Opfer in den eigenen Reihen gefordert als bei Kämpfen mit der syrischen Armee. Munitions- und Lebensmittellager, Stützpunkte, Hauptquartiere, Konvois gehen in Flammen auf. 220 Anführer verschiedener Gruppen wurden seit Ende April gezielt ermordet oder starben bei Schießereien.

Jede Kampfgruppe zwingt ihrem Einflussbereich neue »Verwaltungsstrukturen« auf. Schulen, Gerichte, öffentliche Einrichtungen – sofern vorhanden – folgen der Scharia, mal in einer mehr, mal in einer weniger dogmatischen Auslegung. An beruflicher Qualifikation mangelt es zumeist, dafür blüht die Korruption. Verstärkt wird das durch internationale Hilfslieferungen, die von privaten, aber staatlich finanzierten Hilfsorganisationen verteilt werden.

Die US-Organisation USAID hat die Finanzierung von drei Projekten in zweistelliger Millionenhöhe in Idlib

gestoppt. Es hatte sich herausgestellt, dass die Namen von HTS-Kämpfern auf die Listen von Zivilisten geschmuggelt wurden. Großbritannien hat angekündigt, die Finanzierung der »Freien Syrischen Polizei«, an der auch Deutschland beteiligt war, und der »Lokalräte« einzustellen.

Zivilisten haben keine andere Wahl, als sich unterzuordnen. Manche wünschen sich, dass der Spuk ein Ende hat und die syrische Armee die Provinz militärisch zurückerobert. Wer konnte, hat durch einen »humanitären Korridor« im Süden Idlibs die Provinz verlassen. Mit russischer Unterstützung ist die Aufnahme von Herdschalla, südlich von Damaskus, renoviert worden und bietet aktuell etwa 1.000 Familien (ca. 5.000 Menschen) Zuflucht. Doch vielerorts können die Bewohner sich nicht frei entscheiden und sind zum Bleiben verurteilt. Doch es gibt auch solche, die Idlib gegen die syrische Armee und deren Verbündete verteidigen wollen. Koste es, was es wolle.

■ Ankara versucht in Syrien, seine Interessen mit Hilfe bewaffneter Gruppen durchzusetzen

Idlib war im Jahr 2011 die zweite Provinz, über die regionale und internationale Akteure mit Waffen und Kämpfern in Syrien Einfluss nahmen. Der Transfer wurde durch die Türkei organisiert, wie der ehemalige Außenminister von Katar, Hamad bin Jassim bin Dschaber Al Thani, im katarischen Fernsehen erklärte. Die Absprache sei mit Saudi-Arabien und der Türkei getroffen worden. Unter anderem die USA hätten mit Militär und Geheimdienst geholfen.

Westliche Staaten und die Golfmonarchien sind inzwischen zerstritten und haben einen Kurswechsel vorgenommen: Während letztere weiterhin die bewaffneten Gruppen finanzieren, reduzierten USA, Großbritannien und andere europäische Staaten ihre Zahlungen. Die Türkei, die eine lange Grenze mit Syrien teilt, hat Schätzungen zufolge bis zu 100.000 zum Teil schwerbewaffnete Kämpfer in

der Nähe ihres Territoriums. Unklar ist, was mit denen geschehen soll.

In Idlib leben mehr als 2,5 Millionen Menschen, so die UNO, die angesichts einer möglichen militärischen Offensive vor einer »Katastrophe« warnt. Noch mehr Flüchtlinge in der Türkei will Ankara vermeiden und fordert deswegen eine »Schutzzone«.

Mit Russland und Iran garantiert die Türkei den Astana-Prozess, der in Syrien seit Anfang 2017 eine landesweite Feuerpause, Deeskalationsgebiete und Treffen zwischen Teilen der bewaffneten Opposition und der Regierung zustande brachte. Tausende Kämpfer gaben ihre Waffen ab und überließen der Armee die Kontrolle über große Gebiete.

Nicht so in Idlib, das sowohl für die Kampfgruppen als auch für deren Sponsoren am Golf, in der EU und nicht zuletzt in der Türkei große strategische Bedeutung hat, um Syrien zu schwächen und zu spalten. Doch die Türkei hat

sich verzettelt. Getrieben vom »nationalen Sicherheitsinteresse« hat Ankara eigenes Militär in das Nachbarland geschickt, um die dortigen Kurden und deren quasistaatliches Projekt entlang der syrisch-türkischen Grenze und in Afrin zu stoppen. Dafür werden auch die Kampfverbände aus Idlib eingesetzt. Die Türkei will ihren Einfluss auf die Gebiete, die sie im Westen und Norden Syriens völkerrechtswidrig unter ihre Kontrolle gebracht hat, behalten und auf das nordöstlich von Aleppo gelegene Manbidsch ausdehnen.

Laut dem türkischen Journalisten Fehim Tastekin sichere sich die Türkei die Loyalität der Kampfverbände, indem sie ihnen Gehälter bezahlt, sie mit Waffen und Munition versorgt und logistisch hilft. Doch angesichts einer schweren wirtschaftlichen Krise und trotz einer Finanzspritze aus Katar muss Ankara einen Ausweg finden, ohne die eigenen Interessen in Syrien aufzugeben.

Ankara wolle nun ausgewählte »Moderate« von »Terroristen« trennen, so Tastekin in einem am 23. August auf dem Internetportal *Al-Monitor* veröffentlichten Beitrag. Doch wie das in so einer »unregierbaren Gegend« gelingen könne, in der »Rivalität zwischen Dschihadisten und Salafisten« den Alltag präge, sei fraglich. Völlig unklar bleibe, was Ankara zu tun gedenke. Wenn es mit »moderaten Rebellen« Idlib in Zukunft kontrollieren wolle, müssten die Dschihadisten entfernt werden. Gerüchten zufolge will Ankara diese Kämpfer in die kurdischen Berge im Osten der Türkei umsiedeln. Russland hat das schon abgelehnt. Also könnte die blutige Aufgabe der syrischen Armee und Russland überlassen werden.

Am 7. September treffen sich die Staatschefs von Russland, Türkei und Iran in Teheran. Dann könnte eine Marschrichtung für Idlib festgelegt werden. **Karin Leukefeld**

■ Hintergrund Inszenierter Angriff

Russische und US-amerikanische Kriegsschiffe im östlichen Mittelmeer sowie ein medialer Schlagabtausch bereiten die Offensive der syrischen Streitkräfte auf Idlib vor. Dieser könnte im September beginnen. Auch Warnungen vor dem erneuten Einsatz von Giftgas gehören dazu. John Bolton, nationaler Sicherheitsberater von US-Präsident Donald Trump, kündigte an, man werde »sehr stark« antworten, sollte Damaskus »erneut Giftgas einsetzen«. Es folgte eine ähnliche gemeinsame Erklärung von USA, Großbritannien und Frankreich.

Damaskus wies die Unterstellungen zurück. Schon früher habe man den UN-Sicherheitsrat darüber informiert, dass mit der Inszenierung eines Anschlags mit chemischen Substanzen zu rechnen sei. Die bewaffneten Gruppen würden das bereits vorbereiten und nähmen zivile Opfer in Kauf, um eine westliche Intervention zu provozieren. Ähnlich äußerte sich das russische Verteidigungsministerium und warnte, dass die USA, Großbritannien und Frankreich wie bereits im April 2018 eine Attacke auf Syrien planten.

Mitarbeiter der britischen privaten Sicherheitsfirma »Olive Group« seien in Idlib eingetroffen, was indes von dem Unternehmen dementiert wurde. Moskau wies zudem darauf hin, dass die »Weißhelme« bei der Inszenierung eine Rolle spielten: Sie sollten Filme produzieren, die weltweit verbreitet werden. Der fingierte Angriff solle im dicht besiedelten Ort Kafr Sita, etwa sechs Kilometer südlich von Hama, stattfinden, so das russische Außenministerium.

Die Pressestelle der vom Westen unterstützten oppositionellen »Nationalen Koalition« mit Sitz in Istanbul verbreitete am Montag eine Stellungnahme des »Lokalrates« von Kafr Sita. Die russischen Warnungen seien falsch, tatsächlich plane das »Assad-Regime« einen Angriff mit Chemiewaffen, hieß es. Russland verbreite »Propaganda gegen die »Weißhelme««. Deren Leiter, Raed Al-Saleh, erklärte, Russland betreibe eine »Schmierkampagne« gegen seine Organisation. Die »Weißhelme« hätten selber in Duma, einem östlichen Vorort von Damaskus, Proben genommen, die einen Chemiewaffenangriff bestätigten. Saleh erklärte in einem am Freitag veröffentlichten Interview mit der *Deutschen Welle*, Moskau lüge. Zudem müssten russische Kampfflotten »aufhören, Krankenhäuser, Schulen, die »Weißhelme« und Marktplätze« zu bombardieren.

Bereits im Oktober 2017 hatte die offiziell nicht besetzte US-Botschaft in Syrien eine Reiseswarnung veröffentlicht. Darin heißt es u.a., dass es »zu den Taktiken des »Islamischen Staates«, von Haiat Tahrir Al-Scham und anderen gehöre, Selbstmordattentäter einzusetzen, Menschen zu entführen, kleine und schwere Waffen einzusetzen, Sprengfallen und chemische Waffen einzusetzen.« (kl)